



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/125 - 4. Juni 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 886 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Holding-Gesellschaften und Mitbestimmung	S. 1
Das japanische Beispiel	S. 3
Neuer Kampf um den Südweststaat	S. 4
Dezentralisation der Sowjetunion	S. 6
Anhang: Kommuniqué über die gemeinsame Sitzung der Führungsgremien der SPD	

Mitbestimmung in Gefahr

FE. Voraussichtlich am Donnerstag dieser Woche wird sich der Bundestag in zweiter und dritter Lesung mit dem "Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaues und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie" befassen. Einem Gesetzentwurf, der unter dem populäreren aber irreführenden Namen "Mitbestimmung bei Holdinggesellschaften" bekannt geworden ist.

Ohne Frage ist ein solcher Gesetzentwurf notwendig, nachdem sich in der westdeutschen Industrie wieder Konzerne gebildet haben und die Mitbestimmung in den Tochtergesellschaften mehr oder weniger beschränkt ist, wenn sie nicht auch in dem beherrschenden Konzern ausgeübt werden kann.

Vor etwa Jahresfrist haben Bundesregierung und der CDU-Abgeordnete Sabat zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, die diesen neuen wirtschaftlichen Tatbeständen Rechnung tragen sollten. Beide Gesetzentwürfe aber sahen im Grunde nicht die Ausdehnung der Mitbestimmung auf Konzerne, sondern weit eher ihre Beschränkung und Einschränkung vor.

In den Ausschüssen ist in den ⁶⁸monatelangen Beratungen der SPD sicherlich in manchen Punkten gelungen, Verbesserungen zu erzielen, aber

trotz dieser Verbesserungen muss man feststellen, dass der Gesetzentwurf in der Fassung des Arbeitsausschusses nur auf der Mitte zwischen Mitbestimmungsgesetz und Betriebsverfassungsgesetz liegt.

Um nur einige Punkte herauszugreifen: Der Gesetzentwurf, so wie er vorliegt, lässt unter die Mitbestimmung nur diejenigen beherrschenden Unternehmen fallen, die in Form einer Aktiengesellschaft oder einer bergrechtlicher Gesellschaft betrieben werden und die ausserdem noch ihre Weisungsbefugnis aus einem Organschaftsvertrag herleiten. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die Unternehmer es verstehen werden, diese juristische Norm mit Finten und Kniffen zu umgehen. Entscheidend aber ist doch nicht die Rechtsform der Gesellschaft oder der Organschaftsvertrag, sondern schlicht und einfach die Tatsache des beherrschenden Verhältnisses.

Dem Schlagwort vom "Menschen im Mittelpunkt der Politik und der Wirtschaft" widerspricht auch, dass die Frage, ob ein Unternehmen der Mitbestimmung oder dem Betriebsverfassungsgesetz unterliegen soll, ausschliesslich von der Kapitalseite, d.h. vom Umsatzverhältnis beantwortet werden soll. Die SPD ist der Meinung, dass hier das Recht der Arbeit, d.h. die Stärke der Belegschaften das entscheidende Kriterium sein sollte.

Es sollen auf der anderen Seite auch nicht die Fortschritte verschwiegen werden; so gelang es der SPD, die Institution des Arbeitsdirektors auch für Holding-Gesellschaften zu erreichen. Positiv ist auch dass dieser Arbeitsdirektor im beherrschenden Unternehmen echte Funktionen erhalten und nicht gegen die Stimmen der Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat bestellt werden soll.

Diesem Lichtblick auf der einen Seite stehen sehr viele Schatten auf der anderen Seite gegenüber. Diese "Schatten" aber zeigen vor allem, in welchem Geist man an die Arbeit gegangen ist. Regierung und Koalition hatten wenig an die Millionen Menschen gedacht, die mit ihrer Hände Arbeit aus Schutt und Trümmern blühende Industriewerke wieder aufbauten. Sie haben zu vergessen gesucht, dass sie 1951 die Mitbestimmung konzipierten, und sie haben manches getan, um auf kaltem Wege diese Mitbestimmung wieder anzuhähen.

Es versteht sich von selbst, dass die SPD-Fraktion in den Plenarberatungen alles versuchen wird, um auch in den Holdings das Mitbestimmungsrecht zu verankern. Ihre Zustimmung oder Ablehnung zu diesem Gesetz werden davon abhängen, ob die Gegenseite bereit ist, die Mitbestimmung zu erhalten oder ob man noch neue Versuche unternommen wird, den Arbeitern ihr Recht streitig zu machen.

Asiatische Parallelen

H.B. Parallelen zwischen Deutschland und Japan wurden schon so oft gezogen, dass man sich fast geniert, es von neuem zu tun. Und doch ist es notwendig, weil so demonstriert werden kann, wie eine Regierung, die das Staatsschiff bisher konsequent auf West-Kurs gehalten hatte, aus der Entwicklung lernt und eine Revision ihrer bisher starren Politik betreibt.

Japan ist mit den USA durch einen zweiseitigen Beistandspakt verbunden, es hat auch aufgerüstet. Aber allmählich wurde in Tokio begriffen, dass man deswegen noch lange nicht die Sowjetunion und China zu negieren braucht. Darum war man bemüht, auch mit Moskau ins Reine zu kommen, mit anderen Worten: die diplomatischen Beziehungen aufzunehmen und damit den de jure Kriegszustand zu beenden.

Monatlang verhandelten Japans Außenminister Shigemitsu und Sowjet-Botschafter Malik in London. Zunächst schien es so, als sei diese wohl merkwürdigste Konferenz der Nachkriegsgeschichte - sie war auch eine der längsten - völlig ergebnislos zu Ende gegangen. Aber es schien nur so. Obgleich noch keine diplomatischen Beziehungen bestanden - weil Japan die Aufnahme von der Rückgabe der Inselgruppe Kurilen abhängig gemacht hatte - fuhr ein japanischer Minister nach Moskau, um dort einen wirtschaftlich überaus wichtigen Vertrag zu schliessen.

Er kam erfolgreich nach Hause, denn in seinem Diplomatengepäck brachte er einen Fischereivertrag mit, ein für Japan lebenswichtiges Dokument. Aber diplomatische Beziehungen gibt es deswegen immer noch nicht. Dafür will Tokio die Sowjet-Mission in der japanischen Hauptstadt - die die Japaner bisher immer aus dem Lande haben wollten - mit einem offiziellen Status versehen.

So macht man das also in Nippon. Nun ist es nicht gesagt, dass die konservative Regierung Japans jetzt einen Kurswechsel um 180 Grad vollzieht. Aber sie passt sich doch Zug um Zug der gegebenen Lage an, freilich getrieben von der immer stärker werdenden Kritik der sozialistischen Opposition, die sich ja nach jahrelanger Trennung wieder zu einer Partei zusammengefunden hat.

Die Opposition war schon immer gegen die "westliche Linie", trat für eine Politik zwischen den Blöcken ein und verlangte das

Gespräch mit Moskau und Peking. Den ersten Erfolg kann diese Opposition bereits verbuchen. Das Gespräch mit Moskau ist im Gange und wird weitergeführt. Denn wozu sonst sollte eine diplomatische Mission der Sowjets in Tokio gut sein? Zwar gibt es noch keine offiziellen diplomatischen Beziehungen, aber de facto sind sie da, und sie werden ausgenutzt, ja sie werden strapaziert. Und, wie man sieht, mit einigem Erfolg.

Muss noch mehr gesagt werden, um die Parallele zur Bundesrepublik noch plastischer herauszuarbeiten? Wir haben diplomatische Beziehungen und nutzen sie nicht. Japan hat keine und spielt trotzdem auf dem Klavier der ganz gewöhnlichen Beziehungen wie ein Virtuose. Wir könnten den östlichen Markt sehr gut gebrauchen, aber wir verhandeln nicht über ein Wirtschaftsabkommen. Japan dagegen bringt in wenigen Tagen ein für das Land lebenswichtiges Fischerei-Abkommen zustande, das in seiner Bedeutung selbst den grosszügigsten deutsch-russischen Handelsvertrag in den Schatten stellt. Japan hat - um die letzte Parallele zu ziehen - eine militärvertragliche Bindung mit den USA, sucht aber trotzdem die gute Nachbarschaft mit der Sowjetunion und wird deshalb von den USA keineswegs der kommunistischen Steigbügelhalterei verdächtigt. Die Bundesrepublik hat die NATO und glaubt, darum nichts weiter tun zu dürfen und tun zu müssen.

* * *

Ein Überraschendes Urteil

- tz - Stuttgart

Der Kampf um den Südweststaat ist neu entbrannt. Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe gab einer Beschwerde des Heimatbundes Badenerland statt und billigte den Altbadenern das von ihnen verlangte Volksbegehren auf "Wiederherstellung des alten Landes Baden zu, das ihnen der Bundesinnenminister im Januar dieses Jahres verweigert hatte.

Der Karlsruher Spruch fiel zeitlich fast genau auf die Stunde mit der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Dr. Gebhard Müller, der Chef der noch immer unstrittenen Allparteien-Koalition Baden-Württembergs vor dem Plenum des Landtags zusammen. In der Regierungserklärung sprach Dr. Müller die Hoffnung aus, dass die Zusammenarbeit auf breiter Grundlage einen Ansporn diene, das unaufhaltsam fortschreitende Zusammenwachsen des neuen Landes erfolgreich zu fördern, noch

bestehende Gegensätze auszugleichen und "in dem neuen Hause auf die Dauer die Atmosphäre zu schaffen, die Freude und Geborgenheit vermittelt."

So gesehen hat der Karlsruher Spruch der Regierungserklärung, die sonst nicht viel Neues brachte, eine besondere Bedeutung gegeben und er hat, so ist man versucht zu sagen, die Bildung der Allparteien-Regierung noch nachträglich gerechtfertigt. Der zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat mit seinem Urteil nicht nur die Freunde des Süweststaats überrascht, sondern auch die nicht gerade überwältigende Zahl der Anhänger eines selbständiger Badens oder doch Südbadens, die wohl mehr aus Rechthaberei, denn aus Überzeugung und sachlicher Notwendigkeit für die Loslösung Badens eintreten. "Der Südweststaat ist am Ende" triumphieren etwas vorzeitig Vorstand und Beirat des Heimatbundes Badenerland.

Mit dem Karlsruher Spruch wird das Bundesinnenministerium gezwungen, in ganz Baden ein Volksbegehren anzuordnen. Obwohl das Urteil hier keine Frist setzt, wird damit gerechnet, dass die Listen für die Eintragung schon im September dieses Jahres ausgelegt werden können. Aber erst wenn sich etwa zweihunderttausend Abstimmungsberechtigte in die Listen eingetragen haben, ist der Bundesgesetzgeber -also der Bundestag - genötigt, ein Neugliederungsgesetz zu verabschieden. Wie dieses Gesetz aussehen wird, über das dann in einer Abstimmung die Bewohner des ehemaligen Landes Baden entscheiden müssen, kann heute noch niemand wissen. Der "Weg zurück nach Baden" ist für die Anhänger Altbadens nicht einfach und auch nicht gerade kurz. Soweit sie nach den einschlägigen Anordnungen dazu berufen sei, werde die Landesregierung die Entscheidung "pflichtgemäss durchführen" erklärte Ministerpräsident Dr. Müller. Die Rücksichtnahme auf Stellung und Ansehen des Bundesverfassungsgerichts verbiete es ihm jedoch, sich zu dem Urteil von Karlsruhe zu äussern.

An dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts ist nicht zu rütteln. Aber es darf vielleicht daran erinnert werden, dass er in Gegensatz zu der sehr gründlich erarbeiteten Rechtsmeinung südwestdeutscher und auch Bonner Juristen steht. Ein Grund zur Aufregung besteht dennoch nicht. In seinem vierjährigen Bestehen hat der Südweststaat die Richtigkeit der ihm tragenden politischen Idee bewiesen. Er wird auch die ihm zuge dachte Belastungsprobe des neuen Volksbegehrens überstehen.

Lang vorbereitete Folgerungen

sp. Auch die jetzt in Moskau verkündeten Massnahmen über die Dezentralisierung in der Wirtschaftsverwaltung gehen auf Überlegungen zurück, die schon lange angestellt werden.

Die ersten weithin sichtbaren Bekundungen dieser Absicht waren ein zweifellos von höchster Stelle inspirierter Artikel in der "Iswestija" vom 23. Oktober 1954 "Über den Formalismus und die schädliche Zentralisierung in der Sowjetunion" und, am 30. Oktober 1954, ein zwölfspaltiger Aufsatz "Die ökonomische Rolle des sozialistischen Staates". Der erste Beitrag behandelte das Problem der Dezentralisierung vom praktisch-wirtschaftlichen Standpunkt aus, der zweite unter theoretisch-ideologischen Aspekten. In beiden Fällen standen die Ausführungen in schroffem Gegensatz zu der überzentralisierten Wirtschaftsführung unter Stalin und dessen letzter Schrift "Ökonomische Probleme des Sozialismus in der Sowjetunion".

In der Zwischenzeit hat man offenbar recht gründlich den Übergang in die neue Periode vorbereitet, die jetzt offiziell eingeleitet worden ist. Parallel mit diesem Prozess, der selbstverständlich nicht bedeutet, dass die grossen, übergeordneten wirtschaftspolitischen Richtlinien nicht weiterhin von Moskau ausgehen, der aber den Regierungen in den einzelnen Republiken bei ihrer Durchführung sehr viel mehr Spielraum lässt - parallel damit läuft eine Ausstattung der Betriebsleiter und Fabrikdirektoren mit bemerkenswert grossen Vollmachten. Auch das ist seit längerer Zeit vorgesehen. Am 17. Juli 1955 war in der "Prawda" mitgeteilt worden, dass nunmehr Betriebsdirektoren eine ganze Reihe von im einzelnen aufgeführten neuen Rechten bekommen sollten, um sie zu grösserer Verantwortungsfreudigkeit und zu stärkerer persönlicher Initiative anzuregen. Die letzten offiziellen Ankündigungen in dieser Richtung hatte denn Chruschtschow auf dem 20. Parteikongress der KPdSU gegeben. Man hat erfahren, dass inzwischen rund 700 000 Beamte und Angestellte aus "Unionsministerien" und anderen Zentralen entlassen worden sind.

In diesen Zusammenhang gehört auch die von Chruschtschow auf dem letzten Parteikongress erwähnte "unrichtige Standortverteilung der Hochschulen" die stärker über das ganze Land verteilt werden sollen, um überall, und nicht nur, wie bisher, in wenigen bevorzugten Bezirken, stärkere Impulse für die wissenschaftliche Arbeit und ihre Nutzung für die Wirtschaft zu wecken.

Dieser Zug zur stärkeren Dezentralisierung hat fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens der Sowjetunion (wie auch die Justizverwaltung) mehr oder weniger erfasst, mit Ausnahme der Armee und auch wohl des MWD, worüber keine genaueren Unterlagen vorliegen.

Die Länge der Vorbereitungszeit dieser Massnahmen ebenso wie diese selbst sind ein weiteres Indiz dafür, dass es sich bei den Neuerungen in der Sowjetunion um umwälzende Massnahmen handelt, die tief in die Struktur des Landes eingreifen und die keineswegs nur taktisch-opportunistisch erklärt werden können.

In Vorbereitung des Parteitages

Am Sonnabend traten die leitenden Körperschaften der SPD - Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission - in Bonn zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Sie galt vor allem Fragen der Vorbereitung des Parteitages, der vom 10. bis 14. Juli in München stattfindet.

Im Mittelpunkt stand ein informatorischer Überblick des Vorsitzenden Erich Ollenhauer über die letzte aussenpolitische Entwicklung und die innenpolitische Situation. Über die Krise der Konjunkturpolitik der Regierung sprach ausführlich der Bundestagsabgeordnete Heinrich Deist. Das Vorstandsmitglied Max Kukil machte Mitteilungen über den Stand der technischen Vorbereitungen des Parteitages.

Die Körperschaften der SPD billigten nachdrücklich den Kampf der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gegen die forcierte Erledigung des Wehrpflichtgesetzes durch die Regierung und ihre Parteien, weil es keinen vernünftigen politischen Grund gibt, in dieser lebenswichtigen Frage eine überstürzte und sachlich ungenügend vorbereitete Entscheidung erzwingen zu wollen.

Die Richtlinien des Sicherheitsausschusses beim Parteivorstand über die Wehrpflichtfrage und damit zusammenhängende Probleme werden auf dem Parteitag selbst zur Beratung gestellt und entschieden werden.

Die SPD wird auf dem Parteitag eine fest abgegrenzte und konkrete Aufgabenstellung für die westdeutsche Aussenpolitik entwickeln, wie sie nach ihrer Auffassung notwendig ist. Diese Konzeption wird auf den aussenpolitischen, besonders der Wiedervereinigung gewidmeten Richtlinien vom Frühjahr 1955 beruhen, aber in wesentlichen Punkten der neuen, stark veränderten weltpolitischen Situation angepasst sein.

Am Freitagnachmittag hatte der Parteivorstand eine Reihe laufender Angelegenheiten beraten. Fritz Heine berichtete über die Ergebnisse einer kürzlich erfolgten umfassenden Meinungsbefragung. Danach ist das Vertrauen der Bevölkerung zur CDU gerade auch auf wirtschaftspolitischen Gebiet merklich abgesunken. Im Gegensatz zu früheren Jahren sehen weiteste Kreise die grössere Sicherheit nicht mehr durch die Regierung und ihre stärkste Partei gewährleistet, sondern wenden sich in dem Bestreben um die künftige Sicherung des Erreichten nach neuen politischen Kräften um.

In dieser Sitzung berichtete auch Herbert Wehner über seine politischen Gespräche in Belgrad.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau